

Die DGB-Prüfsteine 1976 – Bilanz für Arbeitnehmer

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auch zur Bundestagswahl 1980 den politischen Parteien Prüfsteine vorgelegt. Die CDU hat dazu Stellung genommen. (Vgl. UiD-Extra 28/80.) Die Union vermisst aber, daß der DGB keine Bilanz seiner Prüfsteine zur Bundestagswahl 1976 gezogen hat. Wer neue Anforderungen stellt, muß auch Bilanz ziehen. Die Arbeitnehmer haben ein Anrecht darauf zu erfahren, welche Forderungen des DGB erfüllt wurden und welche nicht. Der DGB hat auf diese Bilanz verzichtet. Die CDU/CSU legt diese Bilanz vor. Die Union misst die Tätigkeit der SPD/FDP-Bundesregierung wie auch ihre eigenen Vorstellungen und Forderungen am Maßstab der 1976 vom DGB vorgelegten Prüfsteine.

„Alle Arbeitnehmer sind aufgefordert, die Parteien und ihre Kandidaten an den Prüfsteinen zu messen, die die Gewerkschaften im Interesse ihrer Mitglieder aufgestellt haben.“ Das erklärte der DGB-Vorsitzende Vetter, als die DGB-Prüfsteine 1976 veröffentlicht wurden.

Jetzt, am Ende der 8. Legislaturperiode, müssen die Karten auf den Tisch gelegt werden. Jetzt müssen Gewerkschaftsforderungen und Regierungsleistungen miteinander verglichen werden. Jetzt wird es sich zeigen, was die Regierung Schmidt für den Arbeitnehmer gebracht hat.

Die hohe Arbeitslosigkeit, hart an der Millionengrenze, droht wieder anzuwachsen. Die dynamische Altersversorgung wurde gekappt. Die Inflationsrate ist wieder im Steigen. Die notwendigen Entscheidungen für die Sicherung der Energieversorgung werden verschleppt. Eine gewaltige Staatsverschuldung belastet unsere Zukunft. Das Lohnsteueraufkommen steigt doppelt so schnell wie die Tariferhöhungen. Das alles zeigt, daß die SPD/FDP-Regierung den Forderungen der Arbeitnehmer nicht gerecht geworden ist.

1. Prüfstein: Vollbeschäftigung

Die Überwindung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit war für den DGB 1976 der erste und wichtigste Prüfstein.

Unter SPD-Verantwortung hat sich Vollbeschäftigung in Arbeitslosigkeit verkehrt. Millionen-Arbeitslosigkeit wurde zum Dauerproblem, zum „Krebsgeschwür“, wie es in den „DGB-Nachrichten“ vom 30. April 1980 heißt.

In der Arbeitsmarktpolitik hat die SPD/FDP-Regierung nur traurige Rekorde zu bieten:

- 1980 wird nach Auffassung der Bundesanstalt für Arbeit das sechste Jahr sein, in dem bei uns rund 1 Million Menschen arbeitslos sind.
- Für 1985 ist immer noch mit 1,65 Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Zu diesem Ergebnis kommt das Prognos-Institut in einem Gutachten, das von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden ist. Dieses Gutachten wird von der Bundesregierung in skandalöser Weise der Öffentlichkeit vorenthalten.
- Noch nie mußte so viel Geld für die Bezahlung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden. Von 1975 bis 1979 mußten allein für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe rund 42 Milliarden DM ausgegeben werden. In diesem Jahr kommen nochmals 9,5 Milliarden DM dazu.
- Noch nie wurden den Arbeitnehmern so hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abverlangt wie von der SPD und FDP. 1969 lag der Höchstbetrag zur Arbeitslosenversicherung bei 22 DM. Bis heute ist er auf 126 DM hochgeschnellt. Jeder Arbeitnehmer muß aus seiner Tasche die Arbeitslosigkeit mitbezahlen.

Der Anteil der Problemgruppen unter den Arbeitslosen verfestigt sich. Er macht fast die Hälfte der Arbeitslosen aus. Dazu gehören die Leistungsgeminderten (250 000), Dauerarbeitslosen (146 000), ältere Arbeitnehmer (93 000). Permanent wächst vor allen Dingen die Zahl der arbeitslosen Schwerbeschädigten (61 500). 60 Prozent aller Arbeitslosen sind Frauen.

Der technische Fortschritt schafft Arbeitsplätze und trägt zur Entlastung von körperlicher Schwerarbeit bei. Zugleich aber stellt er den Arbeitsmarkt vor große Aufgaben. Die Situation wird sich noch dadurch verschärfen, daß in den nächsten zehn Jahren mit den geburtenstarken Jahrgängen eine Million Menschen mehr ins Erwerbsleben eintreten als gleichzeitig aus ihm ausscheiden. Die Arbeitslosigkeit ist damit auch zu einem großen Zukunftsproblem geworden.

Der Weg der Union zur Vollbeschäftigung

■ Voraussetzung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist ein stetiges und ausgewogenes Wachstum unserer Wirtschaft. Der Schlüssel dazu liegt bei den Investitionen. Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen sind gleichermaßen notwendig zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung und zur Sicherung der

internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Voraussetzung dafür ist eine nachhaltige Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen, besonders der mittelständischen Wirtschaft.

■ Die Tarifpartner tragen durch die Lohnpolitik Mitverantwortung für die Sicherung der Vollbeschäftigung. Durch eine arbeitsmarktgerechte Lohnpolitik leisten die Tarifpartner einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung.

■ Das von der Union geschaffene Arbeitsförderungsgesetz ist wieder zu einem umfassenden Instrument einer zukunftsorientierten Arbeitsmarktpolitik zu machen. Schwerpunkte dabei sollten insbesondere verstärkte Maßnahmen zur beruflichen Qualifikation, zur Erleichterung der Wiedereingliederung der Frauen ins Erwerbsleben nach Jahren der Kindererziehung und die Förderung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer sein.

Fazit

Bei der Sicherung der Vollbeschäftigung hat die SPD/FDP-Regierung versagt. Unter einer unionsgeführten Regierung wäre ein DGB-Prüfstein „Vollbeschäftigung“ überflüssig gewesen.

2. Prüfstein: Bildungsreform

Der DGB forderte 1976 eine umfassende Reform der Bildung, insbesondere der beruflichen Bildung.

Im Bund und in den Ländern sind SPD und FDP vor zehn Jahren angetreten, das Bildungswesen grundlegend zu ändern. Durch mehr Chancengleichheit sollten alle Menschen mehr Lebenschancen erhalten. Das Ergebnis dieser Politik ist heute: weniger Chancen, weniger Sicherheit, weniger Vertrauen.

Die Bildungsreform der SPD ist gescheitert.

- Ungenügende Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem: Auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist es zu einem Verdrängungswettbewerb gekommen. Hauptschüler und Sonderschüler haben darunter am meisten zu leiden.
- Die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit der allgemeinen Bildung wurde nicht hergestellt.
- Immer mehr Hochschulabsolventen können nicht in dem Beruf arbeiten, für den sie ausgebildet sind.

- Für die meisten Abiturienten gibt es keine Alternative zur „Hochschulausbildung“.

Die Union hat 1969 ein Berufsbildungsgesetz geschaffen. Es hat sich in den Grundzügen bewährt. Die Union hat eine Fülle parlamentarischer Initiativen zur beruflichen Bildung ergriffen:

- 1977 „Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungspotenzials und zur Verbreitung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche“ (Drucksache 8/439).
- 1978 Antrag „Zukunftschancen der jungen Generation“ (Drucksache 8/2045) zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungspotenzials, zur speziellen Förderung von Leistungsschwachen, noch nicht berufsreifen und behinderten Jugendlichen sowie Kindern ausländischer Arbeitnehmer.
- 1979 Antrag „Berufliche Fortbildung in Betrieben und überbetrieblichen Einrichtungen“ (Drucksache 8/2884) mit konkreten Vorschlägen zur besseren beruflichen Qualifikation des einzelnen Arbeitnehmers.

Fazit

Im Zuge der Ideologisierung des Bildungswesens unter SPD-Regierungsverantwortung ist das System der beruflichen Bildung nicht leistungsfähiger geworden. Die Politik der Union in der beruflichen Bildung seit 1976 hat sich bewährt. Sie garantiert eine zukunftsorientierte und chancengerechte Schul- und Berufsausbildung.

Unter der Regierungsverantwortung der Union herrschte Vollbeschäftigung. Es gab genug Lehrstellen und berufliche Chancen für die Jugend.

3. Prüfstein: Soziale Sicherung

1976 forderte der DGB: Das Netz der sozialen Sicherheit muß unangetastet bleiben. Das Leistungsniveau der Rentenversicherung ist auf der Grundlage der derzeitigen Rentendynamik zu erhalten.

Unter der Regierung Schmidt ist das Netz der sozialen Sicherheit in Gefahr geraten. Es ist **nicht** unangetastet geblieben.

Die bruttolohnbezogene dynamische Rente wurde gegen die Beschlüsse des DGB und den Widerstand der Union außer Kraft gesetzt. Die SPD hat die Rentenangepasungssätze willkürlich

1978 von 8,3 % auf 0 %,
1979 von 7,0 % auf 4,5 %,

1980 von 6,3 % auf 4,0 %,
1981 von 5,8 % auf 4,0 %

herabgesetzt. Die SPD hat damit alle Renten um rund zehn Prozent gekürzt.

- Die Zuschläge zum Schlechtwettergeld sind weggefallen.
- Die Ortszuschläge im öffentlichen Dienst wurden eingeschränkt.
- Die Leistungen im Kriegsopferrecht wurden abgesenkt.
- Der Kinderzuschuß der Rentenversicherung wurde eingefroren.
- Das Arbeitsförderungsgesetz wurde amputiert.

Der Name des SPD-Arbeitsministers Ehrenberg steht heute für soziale Demonstrationen:

Heute ist das Netz der sozialen Sicherung zum Zerreißen gespannt. Um ein bis 1982 errechnetes Defizit von 32 Milliarden DM abzudecken, hat die SPD/FDP-Bundesregierung gegen den Widerstand der Union mit dem 21. Rentenvertragsgesetz 1978 die Bruttolohnanpassung der Rente für drei Jahre ausgesetzt. Alle Renten wurden damit um rund zehn Prozent gekürzt. Noch stärker als durch die Arbeitsmarktmisere werden die langfristigen finanziellen Grundlagen der sozialen Sicherung durch den dramatischen Geburtenrückgang bedroht. Für die Rentenversicherung liegen die materiellen Auswirkungen der demokratischen Abwärtsentwicklung in einer Größenordnung, die die bisherigen, schon als außerordentlich schwerwiegend empfundenen Rentendefizite um ein Vielfaches übersteigen dürfte.

Die Union hat durch ihre Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik die finanzielle Basis für das Netz der sozialen Sicherheit geschaffen:

1951 Montan-Mitbestimmungsgesetz

1951 Kündigungsschutzgesetz

1952 Betriebsverfassungsgesetz

1952 Wohnungsbauprämiengesetz

1953 Schwerbeschädigtengesetz

1954 Kindergeldgesetz

1957 Rentenreform

1960 Unfallversicherungsgesetz

1960 Jugendarbeitsschutzgesetz

1961 Bundessozialhilfegesetz

1963 Mindesturlaubgesetz

1965 Mutterschutzgesetz

1969 Arbeitsförderungsgesetz

Die Union garantiert sichere Renten

■ Unabdingbar ist die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen dynamischen Rente. Durch die bruttolohnbezogene Rente wird die Leistungsbezogenheit und der

Versicherungsgarant bei der gesetzlichen Rentenversicherung garantiert. Rente ist kein staatliches Geschenk, kein Almosen, sondern selbsterarbeitete Versicherungsleistung.

■ Das Festhalten an der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente ermöglicht die Einführung eines nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit gestaffelten Krankenversicherungsbeitrages der Rentner. Zu dieser systemgerechten und ordnungspolitisch abgesicherten Abdeckung der Finanzierungsdefizite in der Rentenversicherung hat die Union bereits 1977 einen detaillierten Gesetzesvorschlag vorgelegt.

■ Die Rentenversicherung beruht auf dem Generationenvertrag. Die jeweils arbeitende Generation sorgt durch ihre Beiträge für die Sicherung des Einkommens der nicht mehr arbeitenden Generation und durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft. Bestand kann der Generationenvertrag nur haben, wenn beide Leistungen als ebenbürtige Leistungen zum Generationenvertrag anerkannt werden. Die Union fordert deshalb, daß der in der Familie tätige Partner durch die Anerkennung von Erziehungsleistungen im Rentenrecht einen eigenständigen Rentenanspruch erwerben kann. Je Kind sollen fünf Erziehungsjahre rentensteigernd anerkannt werden. Rückwirkend soll grundsätzlich ein Jahr je Kind rentensteigernd anerkannt werden.

Fazit

Die SPD hat den Anspruch verwirkt, Partei der Arbeitnehmer zu sein.

4. Prüfstein: Gleichberechtigung der Frauen

1976 forderte der DGB die Durchsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen.

Die SPD/FDP-Regierung konnte die Lage der Frauen und Familien in den entscheidenden Punkten nicht verbessern:

- Frauen tragen die Hauptlast der Arbeitslosigkeit. Sie sind doppelt so häufig davon betroffen wie die Männer.
- Frauen haben geringere Aufstiegsmöglichkeiten.
- Frauen haben es schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden, wenn die Kinder größer werden.
- Frauen müssen geringere Entlohnung hinnehmen.
- Die Leistung der Frau als Hausfrau und Mutter wird zu wenig anerkannt.
- Hausfrauen und Mütter haben weder einen Urlaubsanspruch noch eine wirksame soziale Sicherung bei Unfällen und Invalidität im Alter.
- Frauen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen: Fast 80 Prozent der Sozialhilfeempfänger sind Frauen.

Der DGB hat das von der Regierung Schmidt vorgelegte Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz kritisiert. „Es bringt hinsichtlich der Gleichberechtigung von Mann und Frau am Arbeitsplatz keine Verbesserung“ (DGB-Presseerklärung vom 12. Mai 1980).

Unter SPD-Verantwortung ist die Familie ins Abseits geraten:

- Unter SPD-Verantwortung bedeutet Kinderreichtum Armut. Ein Durchschnittsverdiener mit drei Kindern liegt heute unter dem Sozialhilfeneveau.
- Unter SPD-Verantwortung will der Staat in die Beziehung von Eltern und Kind hineinregieren. Das Gesetz zum elterlichen Sorgerecht ist geprägt vom Mißtrauen gegenüber der Familie.

Die Union hat die entscheidenden Grundlagen für die soziale und materielle Sicherung der Familie geschaffen. Die Gesetzesvorschläge der Union — Erziehungsgeld, Familiengeld und Ausdehnung des Mutterschaftsgeldes — liegen auf dem Tisch. Sie sind geprägt vom Gedanken der Wahlfreiheit und der Partnerschaft. Die Union hat die bessere Politik für die Frauen und die Familien.

Die CDU/CSU sagt unmißverständlich, wie sie die Familie fördern will

- Wir werden ein Erziehungsgeld von 400 DM monatlich bis zum vollendeten dritten Lebensjahr des Kindes einführen. Alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit geringem Einkommen werden wir darüber hinaus fördern.
- Wir werden die Benachteiligung der nicht in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis tätigen Mütter beim Mutterschaftsgeld beseitigen. Wir wollen, daß auch diese Mütter bei der Geburt eines Kindes für die Dauer von sechs Monaten ein Mutterschaftsgeld in Höhe von 500 DM monatlich erhalten. Das Erziehungsgeld wird sich zeitlich an das Mutterschaftsgeld anschließen.
- Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.
- Die Höhe des Kindergeldes muß vom Gesetzgeber regelmäßig überprüft werden. Wir wollen die Entscheidungsfreiheit der Eltern dadurch verbessern, daß wir eine zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld anbieten.
- Die Union wird ergänzend zu einer familien- und kinderfreundlichen Städteplanung und Dorfentwicklung die gesamte Wohnungsbauförderung neu regeln und verbessern, damit Kinder nicht wegen unzureichender Wohnverhältnisse unerwünscht oder benachteiligt sind.
- Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen.

Mehr Entfaltungschancen für die Frauen

- Die Union wird die Benachteiligung der Hausfrauentätigkeit und der Kindererziehung beseitigen. Deshalb anerkennen wir diese Aufgaben als Berufstätigkeit und werden sie schrittweise sozial absichern.
- Wir werden die Altersversorgung der Mütter durch die Anrechnung von Erziehungszeiten verbessern. Die Union wird deshalb sicherstellen, daß durch die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch erworben werden kann. Die Bemessungsgrundlage für die Anrechnung der Erziehungsjahre soll sich am entsprechenden Durchschnittseinkommen orientieren. Als Erziehungsjahre sollen künftig fünf Jahre je Kind anerkannt werden.
- Für die rückwirkende Lösung stellen sich besonders finanzielle Probleme. Darüber hinaus ist es besonders schwierig, rückwirkend eine gerechte Lösung zu finden. Wir wollen, daß im Sinne der gleichwertigen Anerkennung von Berufstätigkeit und Kindererziehung rückwirkend grundsätzlich ein Jahr je Kind rentensteigernd anerkannt wird.
- Wir werden die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht sicherstellen. Deshalb werden wir die Partnerrente für die Hinterbliebenen durchsetzen. Wir wollen, daß der erreichte Lebensstandard für den hinterbliebenen Ehegatten gesichert und für die Witwen verbessert wird. Deshalb soll die Rente des hinterbliebenen Ehepartners 70 Prozent der insgesamt von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften nicht unterschreiten.
- Bei voller Sicherung der eigenerworbenen Rentenansprüche wird dies unter Berücksichtigung von Erziehungsjahren und sonstigen anrechnungsfähigen Versicherungsjahren zu einer Rentenverbesserung für den Hinterbliebenen führen.
- Wir werden die unzureichende Sicherung der Hausfrau und Mutter gegen Unfall und Invalidität beseitigen, die insbesondere für junge Frauen und ihre Familien existenzbedrohend ist, und schlagen eine Versicherungspflicht bei freier Wahl des Versicherungsträgers vor. Denn das Gesundheits- und Lebensrisiko der Hausfrauentätigkeit ist heute das einzige der großen Risiken, das nicht abgesichert ist.
- Wir werden alle Gesetze, Verordnungen und Ausbildungsvorschriften daraufhin überprüfen, ob sie die Berufschancen von Frauen beeinträchtigen. Wir wollen die einseitige Festlegung der Mädchen auf typische Frauenberufe beseitigen.
- Wir werden darauf hinwirken, daß Frauen gleichen Lohn bei gleicher Arbeit erhalten. Frauen müssen die gleichen Aufstiegschancen haben wie Männer. Wir werden die Tarifpartner dabei unterstützen, daß die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt abgebaut wird.
- Wir werden dafür eintreten, daß das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst erhöht wird.

- Die Union wird durch eine verstärkte Förderung aus Bundesmitteln im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen — die insbesondere Frauen zugute kommen werden — anregen.
- Für den Wiedereintritt von Hausfrauen in das Berufsleben wird die Union bessere Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten schaffen.

Fazit

Die SPD/FDP-Regierung hat keine Chancengleichheit für die Frauen geschaffen. Sie hat die Position der Familien eher geschwächt. Der DGB will auch die Interessen der Arbeitnehmerfamilien vertreten. Die Union ist der bessere Anwalt der Familie.

5. Prüfstein: Kontrolle wirtschaftlicher Macht

Der DGB hat 1976 in seinem Prüfstein den fortschreitenden Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft beklagt.

Auch nach 1976 wurde eine wirksame Kontrolle wirtschaftlicher Macht von der Bundesregierung nicht in Angriff genommen. Die Großen wurden größer, die Mächtigen wurden mächtiger und die Kleinen immer weniger.

- Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft hat weiter zugenommen. Dies hat die Monopolkommission in ihrem Gutachten bestätigt.
- Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat sogar für den Zusammenschluß VEBA/BP seine höchstpersönliche Ministererlaubnis gegeben und den Einspruch des Kartellamtes aufgehoben.
- Vor allem kleine und mittlere Unternehmen haben ihren Betrieb schließen müssen. Seit 1969 sind das insgesamt rund 50 000 Unternehmen. Unzählige Arbeitsplätze gingen für immer verloren.
- Sobald große Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten, greift der Staat mit Krediten und Bürgschaften ein. Die kleinen und mittleren Betriebe mußten mit ihren Schwierigkeiten selbst fertig werden.

Die Politik der Sozialen Marktwirtschaft sichert den Wettbewerb. Sie garantiert damit die Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Der Name Ludwig Erhard steht für diese Politik. Er hat auch das Kartellgesetz geschaffen.

Fazit

Die SPD hat die Kontrolle wirtschaftlicher Macht nicht erreicht. Eine wirksame Wettbewerbspolitik unterbindet den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht. Das sind die Wesensmerkmale der Sozialen Marktwirtschaft und der Wirtschaftspolitik der Union.

6. Prüfstein: Mitbestimmung

Wie bereits 1972 forderte der DGB auch 1976 die paritätische Mitbestimmung in allen Großunternehmen.

CDU und CSU haben sich in ihrem Grundsatzprogramm für eine partnerschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer ausgesprochen und ihre Vorschläge im Deutschen Bundestag eingebracht.

Die SPD war demgegenüber nicht in der Lage, eine Mitbestimmungsregelung vorzulegen, die den Anforderungen der Verfassung, des Gesellschaftsrechtes und der marktwirtschaftlichen Ordnung gerecht geworden wäre. Durch die Änderungsanträge der Union ist der Gesetzentwurf der Regierung während der parlamentarischen Beratung nachhaltig verbessert worden.

Unter diesen Voraussetzungen konnte die Union dem Mitbestimmungsgesetz 1976 in der Schlussabstimmung zustimmen. Diese Haltung der Union ist durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 1. März 1979 nachdrücklich bestätigt worden.

Fazit

Die Mitbestimmung ist ein Punkt, bei dem die Union die weitergehenden Forderungen des DGB nicht mitträgt. Aber es ist ausschließlich der Union zu verdanken, daß die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer durch ein Mitbestimmungsgesetz, das vor der Verfassung Bestand hat, erheblich erweitert worden sind. Die Montan-Mitbestimmung wurde unter der Regierung der Union, nicht unter Verantwortung der SPD eingeführt.

7. Prüfstein: Vermögensbildung

1976 forderte der DGB ebenso wie 1972, die Benachteiligung der Arbeitnehmer bei der Vermögensbildung zu beseitigen.

Der DGB-Prüfstein Vermögensbildung wurde seit zehn Jahren von der SPD/FDP-Regierung nicht erfüllt. Die Bilanz der Regierung Schmidt zeigt leere Versprechungen, aber keine Taten. Die Vermögensbildung ist in den letzten zehn Jahren keinen Schritt vorwärtsgekommen. Dies obwohl die SPD-Kanzler die Vermögensbildung immer wieder zu einer zentralen Regierungsaufgabe erklärt haben.

So hieß es in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969: „Zu den Schwerpunkten der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dieser Bundesregierung gehört das Bemühen um eine gezielte Vermögenspolitik.“ Ähnlich Schmidt in der Regierungserklärung 1976: „... der Anlagenkatalog des Gesetzes (soll) erweitert werden, um verstärkt auch Beteiligung im Unternehmen zu ermöglichen ...“, „... die steuerlichen Hemmnisse (sollen) beseitigt werden.“

Aber auch 1980 wieder: Fehlanzeige in der Vermögenspolitik. Durch die Tarif-erhöhungen überschreiten immer mehr Arbeitnehmer die Einkommensgrenzen und fallen aus der Sparförderung heraus.

Durch das Haushaltsstrukturgesetz wurde die bestehende Vermögensbildung durch die Senkung des Prämiensatzes bei den Spar- und Wohnungsbauprämiens sogar eingeschränkt. Die gesetzlichen Initiativen der Union zur Vermögensbildung wurden blockiert, zuletzt am 13. Mai 1980 im Deutschen Bundestag.

So sieht SPD/FDP-Reformpolitik aus.

Die Vermögenspolitik ist eine zentrale Forderung der Union. Sie kann in der Vermögenspolitik auf eine überzeugende Leistungsbilanz verweisen:

1952 Wohnungsbauprämiengesetz

1959 Sparprämiengesetz

1961 Erstes Vermögensbildungsgesetz

1965 Zweites Vermögensbildungsgesetz

1977 Gesetzesantrag zum Abbau steuerlicher Hemmnisse für die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer

1978 Gesetzentwurf zur Förderung freiwilliger betrieblicher Gewinn- und Kapitalbeteiligung

Fazit

Die SPD muß den Arbeitnehmern in der Vermögenspolitik seit zehn Jahren Fehlanzeige machen. Wiederum sind die Arbeitnehmer die Dummen. Der kritische Gewerkschafter wird erkennen: Vermögenspolitik für Arbeitnehmer gibt es nur unter Führung der Union.

8. Prüfstein: Sicherung und Ausbau der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte

Wesentliche Forderungen des DGB sind nicht erfüllt:

- Eine Reform des Tarifvertragsrechtes wurde nicht erreicht.
- Ein einheitliches Personalrecht für den öffentlichen Dienst wurde nicht erreicht.

CDU und CSU haben sich in ihren Grundsatzprogrammen gegen eine Einschränkung der Verbandsautonomie ausgesprochen.

Die Union unterstützt uneingeschränkt die Forderung nach freien und unabhängigen Gewerkschaften. Sie tritt ein für den unverzichtbaren Schutz von Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie, für die freie Betätigung der Gewerkschaften im Rahmen ihrer selbstbestimmten Aufgaben.

9. Prüfstein: Öffentliche Dienstleistungen

Der DGB forderte 1976 die „Steigerung der Funktions- und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes“.

- Die SPD/FDP-Bundesregierung denkt nicht daran, die Forderung des DGB nach einem einheitlichen Dienstrecht zu erfüllen.
- Die Forderung des DGB nach einer bürgernahen Verwaltung ist nicht erfüllt. Im Gegenteil. Unter SPD/FDP-Regierungsverantwortung haben sich Gesetze und Verordnungen lawinenartig ausgebreitet. Seit 1969 nahezu verdreifacht.
- Der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt machte einen Sprung von 37 Prozent (1969) auf 47 Prozent (1979).

Die sozial-liberale Gleichung: „Reform — mehr staatliche Leistung“ hat nach der Aufgaben- und Vorschriftenflut auch zu einer Kostenflut geführt. Das müssen die Arbeitnehmer teuer bezahlen. Nicht nur die Steuern steigen. Unsere Zukunft wird zudem mit einer Verschuldung von fast 227 Milliarden DM alleine im Bund belastet. Auf über 250 Milliarden wird diese Verschuldung 1981 steigen.

SPD und FDP haben bisher keine wirksamen Anstrengungen unternommen, die Gesetzesflut einzudämmen. Weitere Steuererhöhungen sind schon angekündigt.

Die Union hat nach 1945 den Wiederaufbau ohne nennenswerte Staatsverschuldung geschaffen. Die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft — das waren keine „Wirtschaftswunder“, sondern die Resultate einer Politik, die energisch jedem bürokratischen Dirigismus entgegentrat und auf das Vertrauen in die Eigeninitiative und die Mitverantwortung der Bürger setzte. Die Anträge der Union zur Steuerentlastung, zur Sanierung der Staatsfinanzen und zum Abbau der Bürokratie liegen vor. Sie sind durch die SPD/FDP-Regierung blockiert worden.

Die Union will die Steuer- und Abgabenbelastung mindern

- Die im geltenden Einkommen- und Lohnsteuertarif begründete Automatik von „heimlichen Steuererhöhungen“ muß durch regelmäßige Tarifkorrekturen entschärft werden.
- Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.
- Wir wollen die steuerliche Benachteiligung der Altersversorgung der Selbständigen gegenüber den Arbeitnehmern durch eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Vorsorgeaufwendungen abbauen.
- Wir werden die Investitionskraft der Betriebe durch steuerliche Entlastung, insbesondere bei den ertragsunabhängigen Steuern, stärken und hierdurch einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten.

Durch unser steuerpolitisches Programm werden wir den Bürgern heimliche Steuererhöhungen zurückgeben. Persönliche Leistung und Überstunden sollen sich wieder lohnen.

Fazit

Gesetzesflut und „Paragraphenschlussel“ haben eine bürgerliche Verwaltung erschwert. Ein entschiedener Abbau der Steuer- und Abgabenlast kann von dieser SPD-Regierung nicht erwartet werden.

Die CDU hat am 3. Dezember 1979 als bisher einzige Partei ein detailliertes „Programm zur Entbürokratisierung von Staat und Gesellschaft“ vorgelegt.

10. Prüfstein: Friedenssicherung

Der DGB forderte 1976: „Die Sicherung des Friedens muß das vorrangige Ziel der internationalen Politik sein.“

Unter der Regierung Schmidt ist der Frieden in der Welt nicht sicherer geworden.

- Die Bemühungen um eine Rüstungsbeschränkung und Truppenreduzierung sind bisher gescheitert. Die Sowjetunion hat sich in der Phase der sogenannten Entspannungspolitik einen erheblichen militärischen Vorsprung gesichert.
- Eine Aussöhnung und Normalisierung mit den östlichen Nachbarn ist der Bundesregierung nicht gelungen.

Große Teile der SPD wollen die Bundesrepublik vom Westen abkoppeln und Westeuropa neutralisieren bzw. finnlandisieren.

Die Union ist entschlossen, unsere Freiheit gemeinsam mit den USA und den anderen Partnern im westlichen Bündnis zu verteidigen. Konrad Adenauer ist die Aussöhnung und Normalisierung mit unseren westlichen Nachbarn gelungen. Er war schon 1955 in der Lage, mit der UdSSR über die Rückführung von zehntausend Kriegsgefangenen zu verhandeln.

Fazit

Zehn Jahre der sogenannten SPD/FDP-Entspannungspolitik haben den Frieden nicht sicherer gemacht. Der Bundeskanzler selbst befürchtet eine Krisensituation wie unmittelbar vor dem Kriegsausbruch 1914. Die Union steht für eine realistische Friedens- und Entspannungspolitik: Nur das starke Bündnis mit den USA garantiert uns den Frieden.

Die Bilanz der Prüfsteine des DGB von 1976 zeigt:

Die SPD/FDP-Bundesregierung ist den Ansprüchen und Forderungen des DGB nicht gerecht geworden. Die Prüfsteine des DGB zur Bundestagswahl 1976 sind von der Regierung Schmidt nicht erfüllt worden.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeitnehmer hat sich verschlechtert. Arbeitslosigkeit, Inflation und zunehmende Steuerlasten treffen den Arbeitnehmer besonders hart.

Gemessen an den Prüfsteinen des DGB von 1976 ist die SPD/FDP-Regierung gescheitert.

Im Interesse der Arbeitnehmer ist es deshalb höchste Zeit für eine Wende in der deutschen Politik. Die unsoziale Politik der SPD/FDP muß beendet werden. Die Union ist die freiheitliche und soziale Alternative in der deutschen Politik, gerade auch für die Arbeitnehmer. Die Union fordert deshalb den DGB auf, SPD/FDP einerseits und CDU/CSU andererseits an seinen eigenen Prüfsteinen objektiv und sachlich zu messen. Diese Überparteilichkeit bei der Beurteilung von Regierung und Opposition liegt im Interesse des DGB.

Dialogbereitschaft der Union

Wir stehen heute in einer entscheidenden Phase der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Die weichenstellenden Entscheidungen zur Lösung der Arbeitslosigkeit, zur Überwindung der Finanzkrise in der Sozialversicherung, zum Abbau der immer größer werdenden Staatsverschuldung und zur Sicherung der Energieversorgung, diese Entscheidungen müssen heute gefällt werden. In dieser Phase hängt auch viel davon ab, in welchem Verhältnis der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Union zueinander stehen.

Ein kritischer Rückblick zeigt, daß wir gegenwärtig am Beginn einer neuen Phase der Beziehungen zwischen dem DGB und den politischen Parteien stehen.

In der ersten Phase, die zeitlich grob zusammenfällt mit der Regierungszeit der Union, war das pragmatische Verhältnis zwischen Gewerkschaften und der Union im Ergebnis für die Arbeitnehmer positiv. In dieser Zeit wurden die größten sozialpolitischen Fortschritte der Nachkriegszeit erreicht und die Grundlagen für den sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland gelegt. In diese Zeit fallen die Gesetze zur Montan-Mitbestimmung, zur Betriebsverfassung, zur dynamischen Rentenversicherung, zum Mutterschutz, zum Kündigungsschutz, das Personalvertretungsgesetz und die Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer, um nur an einige Wegmarken der Sozialpolitik unter der Regierungsverantwortung der Union zu erinnern.

Die zweite Phase, das vergangene Jahrzehnt seit 1969, ist gekennzeichnet durch eine enge Kooperation von DGB und Regierung: Der DGB unterstützte die SPD-geführte Bundesregierung und die SPD sah in den DGB-Gewerkschaften ihren wichtigsten Verbündeten. Die Union, in Opposition zu dieser Bundesregierung, wurde so vom DGB — zumindest im Ergebnis — ebenfalls als „Opposition“ zu den Gewerkschaften begriffen. CDU und CSU bemühten sich jedoch, auf diese belastende Entwicklung nicht mit einer Frontbildung zu reagieren, sondern von

ihrem pragmatischen Verhältnis zu den DGB-Gewerkschaften während ihrer Regierungszeit zu einem grundsätzlichen, theoretisch begründeten Verständnis der Gewerkschaften insgesamt zu gelangen.

Wir stehen heute in einer dritten Phase. Es könnte eine Phase des konstruktiven Dialoges zwischen Union und DGB-Gewerkschaften werden. Es hat sich gezeigt, daß es gerade unter SPD-Regierungen zu sozialen Problemen und Spannungen gekommen ist, wie sie unter CDU/CSU-Regierungen unbekannt waren. Die zunehmende Härte der Tarifauseinandersetzungen, die Aufkündigung der konzentrierten Aktion und die Fülle der gerichtlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sind typische Beispiele dafür. Die Union aber hat in dieser Zeit ihre soziale Kompetenz, die sie in den 50er Jahren durch die Tat bewiesen hat, jetzt auch durch ihre politischen Programme in den Augen der Wähler wiedererlangt. In Zukunft dürfte der Nachweis noch schwieriger werden, daß die Politik der SPD schlechthin „im Interesse“ der Arbeitnehmer liege, während die Union arbeitnehmer- und gewerkschaftsfeindlich sei.

In dieser dritten Phase ist eine neue Anstrengung und eine neue Antwort auf beiden Seiten erforderlich. In der modernen Industriegesellschaft haben die wirtschaftspolitischen Verbände, insbesondere die Gewerkschaften und Unternehmerverbände, eine bedeutende Funktion bei der Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen und bei der Wahrung des sozialen Friedens. Der DGB vertritt 7,8 Millionen organisierte Arbeitnehmer, die Union umfaßt einschließlich ihrer Vereinigungen 1 Million Mitglieder und 18 Millionen Wähler. Sie ist die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland. Es kann der Union deshalb nicht gleichgültig sein, welche Standpunkte der DGB einnimmt. Es kann aber auch dem DGB nicht gleichgültig sein, was die Union denkt und vorschlägt und wie sich innerhalb der Partei das Verhältnis zum Deutschen Gewerkschaftsbund entwickelt. Für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft ist ein sachliches, konstruktives Verhältnis zwischen der Union und dem DGB unverzichtbar. Die großen politischen Probleme, vor denen wir gemeinsam stehen, können nur gelöst werden, wenn der DGB und die Union vernünftig zusammenarbeiten, bei Anerkennung ihrer unterschiedlichen Funktion.

Ein neuer Anfang ist möglich: für beide Seiten. Die Union will nicht Konfrontation mit den Gewerkschaften, sondern die Diskussion über Sachthemen. Dabei wird sich zeigen, wo sich unsere Positionen überschneiden, wo es sachliche Differenzen gibt, die überwindbar sind, und wo unüberwindbare programmatische Unterschiede liegen. Die Union wünscht den offenen Dialog mit den deutschen Gewerkschaften, mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund.

Dieser konstruktiv-sachliche Dialog zwischen der Union und dem DGB ist bereits aufgenommen worden.

— Im September 1979 durch eine erste, grundsätzliche Aussprache zwischen dem geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB und dem Präsidium der CDU.

- Im Oktober 1979 durch ein ausführliches Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der CSU, Franz Josef Strauß, und dem Vorsitzenden des DGB, Heinz Oskar Vetter.
- Durch mehrere Fachgespräche zwischen Vertretern des DGB und der CDU-Bundesgeschäftsstelle zur vergleichenden Analyse des CDU-Grundsatzprogrammes mit dem Entwurf des DGB-Grundsatzprogrammes.
- Im März 1980 fand auf Einladung der CDA ein weiteres Gespräch zwischen dem Präsidium der CDU und dem geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand statt, in dem eine erste Bilanz dieses konstruktiv-sachlichen Dialoges gezogen wurde.

Dabei zeigte sich in einer Reihe von Fragen Übereinstimmung zwischen der Union und dem DGB:

- in der Frage der bruttolohnbezogenen Rente,
- der Notwendigkeit einer entschiedenen Verbesserung der Familienpolitik,
- der Intensivierung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Gleichzeitig zeigten sich aber auch sachliche Differenzen, insbesondere im Bereich

- des marktwirtschaftlichen Instrumentariums,
- des Arbeitskampfrechtes,
- der Bildungspolitik.

Die offene und sachliche Atmosphäre aller Gespräche hat die Notwendigkeit des Dialoges zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Union bestätigt. Die Union ist bereit, den begonnenen Dialog fortzusetzen.